

A n t r a g

der Fraktion der AfD

Bürger und Wirtschaft entlasten - Ideologisch begründete "CO₂-Steuer" abschaffen

- I. Der Landtag stellt fest, dass
 1. sich die Kosten für Energieträger wie Benzin, Diesel, Erdgas und Heizöl durch die sogenannte CO₂-Steuer erhöht haben, was eine zusätzliche Kostenlast für die Bürger und Wirtschaft des Landes bedeutet;
 2. die CO₂-Steuer die Lebenshaltungskosten insbesondere für einkommensschwache Haushalte erheblich verteuert und so zu größerer sozialer Ungleichheit beiträgt;
 3. sich die CO₂-Steuer durch ihren Verteuerungseffekt negativ auf die Wirtschaftsentwicklung in Thüringen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit und auf den Arbeitsmarkt auswirkt;
 4. die Verteuerung von Energieträgern die Bürger und Unternehmen während der Corona-Restriktionen zusätzlich belastet;
 5. sich die Verteuerung der Energie auch negativ auf den Landshaushalt und die kommunalen Haushalte auswirkt, indem Mehrausgaben einerseits und Einnahmeverluste im Bereich der Gewerbesteuer und der anteiligen Zuweisung der Einkommensteuer andererseits zu erwarten sind;
 6. die als Begründung für die Einführung der CO₂-Steuer dienende Lenkungswirkung bei der Emissionsverringering nicht festzustellen ist;
 7. sich durch die in Deutschland eingeführte CO₂-Steuer die weltweite CO₂-Produktion keineswegs verringert, sondern CO₂-Emissionen aufgrund von Verlagerungseffekten lediglich in andere Staaten ohne derartige Steuern verschieben;
 8. die CO₂-Steuer als ein mit Preiserhöhung operierendes Instrument weder einen zielführenden noch einen ausgleichenden Beitrag zum Umweltschutz darstellt.
- II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
 1. sich im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung für eine Abschaffung der sogenannten CO₂-Steuer einzusetzen;
 2. sich im Bundesrat aktiv für den Erhalt und die Stärkung der deutschen Wälder als natürlicher CO₂-Senker einzusetzen.

Begründung:

Das 2019 verabschiedete Brennstoffemissionshandelsgesetz führte eine sogenannte CO₂-Steuer für den CO₂-Ausstoß bei Wärmeerzeugung und Verkehr ein. Mit der CO₂-Steuer wird die bereits erfolgende Besteuerung der Emissionen in den Bereichen Industrie und Energiewirtschaft auf die Bereiche Gebäude und Verkehr ausgeweitet. Dies hat eine finanzielle Mehrbelastung für die Thüringer Bürger und Betriebe zur Folge, wovon insbesondere einkommensschwache Schichten und kleine Betriebe betroffen sind. So hat der Bundesverband der Deutschen Industrie errechnet, dass für einen Autofahrer, dessen Fahrzeug durchschnittlich 6,2 Liter je 100 Kilometer braucht und der 15.000 Kilometer jährlich unterwegs ist, ein Mehraufwand von 26 Euro pro Jahr alleine durch die erste Stufe der CO₂-Steuer anfällt. Wenn man noch weitere Kosten wie Heizenergie in die Betrachtung mit aufnimmt, muss ein Musterhaushalt von vier Personen mit 62 Euro Mehrkosten pro Jahr rechnen, wenn er 120 Quadratmeter Wohnfläche nutzt und jährlich 2.000 Liter Heizöl verbraucht. Ab dem Jahr 2025 sieht das Klimapakt vor, dass eine Tonne CO₂ sogar noch mehr kosten soll. Damit stiege die jährliche Zusatzbelastung der Musterfamilie mit einem Pkw auf schätzungsweise rund 300 Euro an. Die CO₂-Besteuerung wird damit begründet, dass man durch eine Reduktion der Emissionen den Klimawandel aufhalten wolle. Ungeachtet der Frage, ob dies ein sinnvolles politisches Ziel sein kann, liegt auf der Hand, dass die Verteuerung der Emissionen in Deutschland lediglich dazu führt, dass sich der CO₂-Ausstoß verlagert, weil die nicht in Deutschland verbrauchten fossilen Energieträger auf den Rohstoffmärkten in andere Länder gelangen und dort verbraucht werden. Mit hin ändert sich an der Gesamtemission durch die deutschen Maßnahmen nichts. Dies gilt umso mehr als sich gegenwärtig weltweit mehrere tausend Kohlekraftwerke in Betrieb, im Bau oder in Planung befinden. Vor diesem Hintergrund ist der politisch verordnete Transformationsprozess der deutschen und damit der Thüringer Wirtschaft hin zu einer sogenannten "klimaneutralen" Wirtschaft, der hunderttausende Arbeitsplätze gefährdet und die Bürger bereits hunderte Millionen Euro gekostet hat, nicht gerechtfertigt. Schon jetzt beträgt der staatliche Kostenanteil am Strompreis mehr als 50 Prozent. Dies hat den Effekt, dass die deutschen Strompreise die höchsten in Europa sind und nicht zuletzt deshalb die Abwanderung ganzer Wirtschaftszweige und eine sukzessive Deindustrialisierung zu befürchten ist. Sämtliche Schritte, die darauf gerichtet sind, dem Steuerzahler weitere Energiekosten aufzubürden, sind darum abzulehnen. Die Einführung der sogenannten CO₂-Steuer belastet ferner die ländliche und die auf den motorisierten Individualverkehr angewiesene Bevölkerung über Gebühr.

Für die Fraktion:

Braga